

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Selz, Kapstadt
18.07.2021

Helfer mit Hintergedanken

Mosambik: Bei Militärmissionen von EU, SADC und Ruanda geht es vorrangig um Kontrolle von Gasvorkommen



imago images/Xinhua

Neben EU und SADC entsendet auch Ruanda zur Absicherung eigener Interessen Truppen nach Mosambik (Kigali, 11.7.2021)

Hintergrund: Ansar Al-Sunna

Die islamistischen Kämpfer in Mosambiks nordöstlichster Provinz Cabo Delgado haben viele Namen. Als dort ab etwa 2015 radikale junge Männer provokativ, ohne ihre Schuhe abzulegen, und mit Messern bewaffnet in Moscheen gingen und den anwesenden Muslimen vorwarfen, die Religion nicht »richtig« zu praktizieren, nannten die Einheimischen diese Störenfriede einfach »Al-Schabab«. Auf Arabisch heißt das »die Jugend«, zugleich ist es aber auch die Bezeichnung der größten in Somalia und Nordkenia operierenden Islamistenmiliz. Zwar sollen die ersten Angehörigen der Miliz Anhänger des 2012 getöteten kenianischen Predigers Aboud Rogo Mohammed gewesen sein, dem

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Verbindungen zur dortigen Al-Schabab nachgesagt wurden, gemeinsame Strukturen sind jedoch nicht bekannt.

Komplett anzeigen

Vor »Hilfsangeboten« kann sich Mosambik derzeit kaum retten. Sowohl die Europäische Union als auch die Southern African Development Community (SADC), haben angekündigt, Militärmissionen in das Land an der Südküste Afrikas zu entsenden. Ruanda hat in der vergangenen Woche bereits Fakten geschaffen und ein Kontingent von insgesamt 1.000 Polizisten und Soldaten entsandt.

Alle drei Missionen sollen der Bekämpfung von islamistischen Aufständischen in Mosambiks nordöstlichster Provinz Cabo Delgado dienen. Etwa 2.500 Menschen sind in dem Konflikt seit 2017 umgekommen, mehr als 700.000 nach Schätzungen der Vereinten Nationen geflohen. Doch bei den nun angekündigten Militärmissionen geht es auch – oder besser: in erster Linie – um die Sicherung der Interessen internationaler Konzerne, die dort vor der Küste gigantische Erdgasfelder ausbeuten wollen.

Als »unglücklich« bezeichnete etwa Südafrikas Verteidigungsministerin Nosiviwe Mapisa-Nqakula am vergangenen Sonnabend in einem Interview mit der südafrikanischen Medienanstalt *SABC* die Ankunft der ruandischen Truppen. Pretoria hatte ursprünglich erwartet, dass die Ruander unter dem Mandat der SADC agieren würden. Doch die Entsendung von deren »Standby Force« hatte die mosambikanische Regierung bis zur letzten Minute hinausgezögert. Wie südafrikanische Medien berichteten, hatte Mosambiks Staatspräsident Filipe Nyusi ein entsprechendes Dokument zur offiziellen Anforderung der Truppen zunächst nicht unterzeichnet. Verteidigungsministerin Mapisa-Nqakula machte im Interview zudem deutlich, dass die SADC keinen Einfluss auf die Zeitplanung der ruandischen Mission gehabt habe. Im Gegensatz zu Mosambik und Südafrika gehört Ruanda nicht zu den 16 SADC-Mitgliedsländern.

Maputo, so scheint es, versucht die SADC von Anbeginn der Mission bloßzustellen. Erst am Donnerstag, als die Truppen der Gemeinschaft planmäßig bereits nach Cabo Delgado unterwegs sein sollten, erklärte der mosambikanische Verteidigungsminister Jaime Neto schließlich im Gespräch mit dem Fernsehsender *STV*, sein Land sei bereit für die Ankunft des Kontingents. Falls irgend etwas den Einsatz verzögert haben sollte, so Neto, »dann liegt das nicht in unserer Verantwortung, wir sind bereit«. Für die Südafrikaner, die die 3.000 Soldaten starke Mission anführen wollen, hat Mosambiks Regierung sich mit ihrer

Hinhaltetaktik freilich den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt ausgesucht. Denn die Regierung in Pretoria hat in dieser Woche gerade erst im eigenen Land den größten Einsatz seit Ende der Apartheid 1994 begonnen. 25.000 Soldaten sollen dort gegen **Ausschreitungen und Plünderungen** vorgehen.

Das Verhältnis zwischen Pretoria und Maputo ist angespannt, seit südafrikanische Beamte Ende 2018 den ehemaligen mosambikanischen Finanzminister Manuel Chang aufgrund eines von den USA erwirkten internationalen Haftbefehls in Johannesburg festgenommen hatten. Chang wird eine führende Rolle in einem gigantischen Korruptionsskandal vorgeworfen, unter dessen finanziellen Folgen Mosambik bis heute leidet. Chang sitzt noch immer in Haft, die USA fordern seine Auslieferung. Auch Mosambik hatte eine Rückführung des Politikers gefordert, um ihn selbst vor Gericht zu stellen, hat das Gesuch aber wieder zurückgezogen. Südafrika wiederum ist auf mosambikanisches Gas angewiesen, um seinen Energiebedarf zu decken und aus seiner extremen Kohleabhängigkeit herauszukommen. Eine Präsenz in Cabo Delgado hätte deshalb auch einen geostrategischen Wert.

Wirtschaftspolitische Interessen in Mosambik hat derweil auch die EU. Mit der französischen Total und der italienischen Eni sind gleich zwei europäische Ölriesen in Cabo Delgado vertreten. Total-Chef Patrick Pouyanné hatte bereits im Oktober vergangenen Jahres auf ein militärisches Eingreifen europäischer Mächte gedrängt. »Es wäre gut, wenn die Situation wieder unter Kontrolle gebracht würde – nicht nur für Totals Projekt, sondern für die Stabilität der Region«, erklärte er auf einer Pressekonferenz in Paris. Ende April vermeldete Total dann, seine Arbeit an dem Gasfeld aufgrund des Vorrückens der Islamisten vorübergehend einzustellen. Auf dem Spiel steht ein Projekt im Umfang von 20 Milliarden US-Dollar (17 Milliarden Euro), was die derzeit spürbare Dringlichkeit bei der Befriedung der seit vier Jahren von den Islamisten terrorisierten Provinz erklärt. Die EU-Außenminister beschlossen den Einsatz am vergangenen Montag. Der offiziellen EU-Ankündigung nach sollen 200 bis 300 »Militärausbilder« demnächst »den einheimischen bewaffneten Kräften helfen, die Zivilbevölkerung zu schützen und die Sicherheit in Cabo Delgado wiederherzustellen«. Unter dem Kommando der ehemaligen Kolonialmacht Portugal sollen an der Mission übrigens vorrangig Militärs aus Frankreich und Italien mitwirken, wo Total und Eni ihren jeweiligen Stammsitz haben.

Auch das Engagement Ruandas dürfte ähnliche Motive haben: Kigali hat einen Annäherungskurs an Paris eingeschlagen, Frankreichs Präsident Emmanuel Macron war erst im Mai zu Gesprächen mit Ruandas Staatschef Paul Kagame in dem ostafrikanischen Land und soll die Entsendung des Truppenkontingents dort angeregt haben. Dass ruandische Soldaten nun die Drecksarbeit für einen französischen Konzern übernehmen, dürfte der Entwicklung der Beziehungen sicherlich zuträglich sein.

Junge Welt 17.07.2021